

B R I V

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

15. Februar 1932

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Max Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II
Telephon F 7 Jannowitz 2582 und 0438.

5. Jahrgang Nr. 4

nicht Hindenburg-Ausschuß — nicht Eiserne Front

Das Proletariat hat seine Klassenfront

Am 13. März soll die Neuwahl des Mannes erfolgen, der nach der Weimarer Verfassung als Präsident der deutschen Republik der Repräsentant des Landes sein soll.

Der erste Repräsentant war der Sozialdemokrat Ebert, der im Magdeburger Prozeß dem Volke offenbarte, wie der Sozialismus eigentlich aussieht. Unter seiner Präsidentschaft erhielt das Volk den besten Anschauungsunterricht, wie die Sozialdemokraten den Sozialismus zu verwirklichen gedenken. Ihm folgte 1925 der Sieger von Tannenberg, der Generalfeldmarschall von Hindenburg, der als alter Militär versuchte, über die Parteien hinweg die Aufgabe als Repräsentant der deutschen Republik zu erfüllen. Ob dieses gelingen, darüber werden die arbeitenden Schichten, die das System der Notverordnung, des Lohn- und Sozialabbaues und der 6-Millionen-Erwerbslosigkeit am eigenen Leibe zu verspüren bekommen haben, selbst zu entscheiden haben.

Für die Neuwahl desselben Mannes hat sich nun ein Hindenburg-Ausschuß durch die Initiative des Oberbürgermeisters Sahm gebildet. Diesen Ausschuß etwas näher zu betrachten, lohnt sich.

Neben Geheimrat Duisberg, dem Vertreter der Schwerindustrie, Reichskanzler a. D. Cuno, Erzbischöfen, Staatssekretären, Reichswehrminister a. D. Geßler und Noske, Professoren, Forstrat Escherich, dem Gründer der Orgesch, der ersten Bürgerkriegsarmee der Bourgeoisie, befindet sich in holder Eintracht auch Leipart, der Vorsitzende des ADGB, der ~~angewählte Vertreter des Proletariats, das in den freien Gewerkschaften organisiert ist.~~

Wir brauchen uns darüber eigentlich nicht zu wundern, war es doch schon 1914 so, daß die Sozialdemokratie zu den Militärmachtshabern ging, um den frisch-fröhlichen Weltkrieg mit zu verherrlichen.

Diesen Weg der Kapitulation vor dem Militarismus und vor dem Kapitalismus haben die Sozialdemokraten trotz Revolution, trotz Republik nicht mehr verlassen. — Er ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Staatspolitik der letzten zwei Jahrzehnte. Es ist die Einheitsfront mit den Hyänen der Großfinanz, den Vertretern des Großkapitals, mit den Führern der schwarzen Reaktion. Darum auch die Schaffung der Eisernen Front, um das Proletariat wieder für gewisse Zwecke einzuspannen.

Wir warnen Neugierige!

Deutlich sagt der Aufruf dieser blechernen Front vom 25. Januar: „Eine Millionenarmee, nicht für gewaltsame Angriffe, sondern wider alle Bürgerkriegspläne.“

Die Existenz dieser durch eine wahre Volkshebung aufgerichteten Eisernen Front muß jeden Gedanken auf Raub politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Freiheiten ersticken. Ihr Dienst gilt der bedrohten Freiheit des

deutschen Volkes, der Erfahrung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar.“

Wer lacht da?

Proletarier, habt ihr noch nicht begriffen, daß die Weimarer Verfassung, die im Artikel 163 der Reichsverfassung vorsieht, daß jedem Deutschen die Möglichkeit gegeben werden soll, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben und, soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt wird, schon längst verwirklicht ist, oder nicht?

Wozu also die Eiserne Front geschaffen wird, sollte jeder Proletarier nach den Erfahrungen seit 1914 begriffen haben. — Sie soll dazu herhalten, in einer Zeit, da der Kapitalismus nur noch in der Lage ist, mit den reaktionärsten Mitteln die breite Masse des Volkes bis zum Weißbluten auszupeinern, die sich empörenden Massen vom Denken und revolutionären Handeln abzubringen und sie, genau wie 1918, mit der Losung „nur Ruhe und Ordnung kann uns retten“, dazu benutzen, den todkranken Kapitalismus wieder auf die Beine zu bringen, das Proletariat von seiner ureigensten Aufgabe abzulenken.

Deshalb ist diese nur ein erneutes Zugmittel zur Errettung des bankrotten kapitalistischen Systems auf Kosten der arbeitenden Masse.

Der Kampf um die wirtschaftliche Gesundung bedeutet jedoch ~~Kampf um den Sozialismus. Die Voraussetzung für den Kampf gegen den Faschismus ist daher Bruch mit der Tolerierungspolitik, ist klare Klassenkampfpolitik.~~ Daher nicht Eiserne Front, sondern einheitliche Kampffront der Arbeiter, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit. Nur diese einheitliche Front kann den Faschismus schlagen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft muß die Beteiligung an der Eisernen Front strikte ablehnen, für sie gibt es nur die proletarische rote Klassenfront.

Mag ein großer Teil des Proletariats die Erkenntnis in sich tragen, daß Wahlen in einem kapitalistischen Staatswesen an seinem Schicksal wenig ändern.

Diesmal muß die Wahl des Reichspräsidenten der deutschen Republik von der proletarischen Klasse, ganz gleich welcher Partei- oder Gewerkschaftsrichtung angehörend, dazu benutzt werden, nicht um der Person willen, sondern um der eigenen Klasse willen, der Einheitsfront des Hindenburg-Ausschusses von Leipart bis Escherich die Einheitsfront des Proletariats entgegenzusetzen.

Um den Gegnern des Proletariats die Stärke der proletarischen Front klarzumachen, gibt es für alle proletarisch Denkenden zur Wahl nur einen Kandidaten, Ernst Thälmann, den Kandidaten der roten Klassenfront.

Die Kriegsfurie rast im Fernen Osten

Wie eine Verhöhnung der Menschheit mutet die Tatsache an, daß bei Niederschreiben dieser Zeilen in Genf unter dem Vorsitz des englischen Sozialdemokraten Henderson die mit großem Geschrei angekündigte Abrüstungskonferenz beginnt.

Diese Konferenz, an der die Vertreter von 64 Staaten teilnehmen, beginnt in demselben Moment, wo japanische Geschütze und Fliegerbomben die Millionenstadt Schanghai in Schutt und Asche verwandeln, wo der japanische Militarismus die wichtigsten Hafen- und Handelsstädte Chinas besetzt, wo tausende Menschen, die niemals dem japanischen Volke etwas zuleide taten, von den Geschossen und Bomben zerrissen werden, wo Frauen und Kinder zur höheren Ehre des Imperialismus vernichtet werden.

Der Krieg im Osten ist ohne eine Kriegserklärung in vollem Gange. Das war nur möglich, weil die japanischen Räuber der Unterstützung der Mächte des Völkerbundes gewiß sind und den Kellogg-Pakt als das ansehen, was er in Wirklichkeit ist — ein Stück Papier.

Seit nahezu 20 Jahren wütet in China der Generalkrieg um die Herrschaft über die einzelnen Provinzen. Nicht etwa um die Interessen des eigenen Landes, sondern die der imperialistischen Mächte. Dadurch wurde der Boden dafür geschaffen, daß Japan, sich über alle Völkerrechte hinwegsetzend, den Einmarsch in die Mandchurei als Auftakt zu einem Kriege gegen China benutzen konnte.

Japan will die Mandchurei seinem Reich einverleiben.

Durch die Besetzung Schanghai und der Jangtse-Mündung ist die Schaffung eines strategischen Ausgangspunktes für eine Offensive gegen Sowjet-China gebildet.

Durch die Eroberung von Chargin ist der Aufmarschplatz für einen Angriff gegen die Sowjet-Union gegeben. Schon

haben die Japaner, die von China nach Rußland gemeinsam verwalteten Ostschinabahn für Truppentransporte erobert.

Unter dem Deckmantel des Schutzes der Angehörigen ihrer Staaten haben die imperialistischen Mächte Truppen nach China entsandt, um auf eine günstige Gelegenheit zu warten, dort gleichfalls zu intervenieren, d. h. für sich dabei etwas herauszuholen.

Die Kriegsbestie ist entfesselt, es bedarf nur noch eines günstigen Vorwandes, um einen neuen Weltenbrand zu entfesseln.

Die Kriegsmacher der ganzen Welt reiben sich die Hände in der Erwartung eines neuen guten Geschäftes.

Schon meldet die Presse, daß aus Hamburg Transporte mit Sprengmunition nach China und Japan abgehen.

So sieht die Friedenspolitik, von der in allen Ländern gefaselt wird, in Wirklichkeit aus.

Was im Fernen Osten geschieht, muß ein Alarmruf für alle Werktätigen sein. Je mehr von den Imperialisten von Frieden gesprochen wird, um so näher ist der Krieg, die Zerstörung.

Bei allen Kriegen ist das Proletariat der leidende Teil. Deshalb gehört es zu seiner Pflicht, den Gelüsten der Kriegsmacher mit aller Schärfe entgegenzutreten. Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten, Verweigerung der Herstellung von Munition und Kriegsmaterial muß die Antwort auf dieses Verbrechen der Anstifter des Krieges im Osten sein.

Das Gebot der Stunde heißt deshalb, alle revolutionären Kräfte gegen die Ausbeuter und Unterdrücker zusammenzuschmieden.

Preissenkung — Wie? Wo?

Nach der Reichsindexziffer des Statistischen Reichsamtes für die Lebenshaltungskosten (Nahrung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf) beläuft sich die Preissenkung auf 4,5 Proz., und zwar für

Nahrung	3,2 Proz.
Wohnung	7,7 Proz.
Heizung- und Beleuchtung	5,6 Proz.
Bekleidung	4 Proz.
Sonstige Bedarfsartikel	5,2 Proz.

Obleich diese Ziffern nicht für sich in Anspruch nehmen können, die wirklichen Schwankungen der Preise zu geben, so ist doch daraus zu ersehen, daß die Erklärung Brünings, dem Lohnabbau werde ein entsprechender Preisabbau gegenübergestellt, bisher nicht in die Tat umgesetzt worden ist. Der Lohnabbau, der offiziell gemäß der Notverordnung 10 bis 15 Proz. beträgt, wurde prompt am 1. Januar durchgeführt.

In der Zeit von 1930 bis Dezember 1931 sind die Löhne nach der Statistik durchschnittlich um 22,7 Prozent abgebaut worden, so daß also eine Verminderung der Lohneinnahme um zirka 35 Proz. erfolgte, während die Preissenkung in dieser Zeit sich nach offiziellen Zahlen um 7,8 Proz. ausgewirkt hat.

Dieser Prozentsatz ist jedoch wesentlich niedriger, wenn man dabei berücksichtigt, daß der größte Teil der arbeitenden Schichten gar nicht instande ist, die im Reichsindex festgelegten Mengen zu kaufen infolge der Lohnreduzierung um mehr als ein Drittel. Oder will man etwa behaupten, daß es dem deutschen Arbeiter, der, hochgegriffen, einen Verdienst von 25 bis 35 RM hat, möglich ist, davon neben den notwendigen Ausgaben für Miete, Fahrgehalt, Kleidung und sonstiges sich noch 3 Pfund Fleisch, 1 Pfund Butter usw. pro Woche zu kaufen, wie es im Index aufgestellt worden ist.

Was wird ferner aus dem mehr denn 6 Millionen zählenden Erwerbslosenheer, das sich von den elenden Unterstützungssätzen knapp noch trockenes Brot und Kartoffeln zum stillen des Hungers kaufen kann, das all die laut Index notwendigen Lebensmittel nur noch vom Schaufenster her kennt.

Doch lassen wir einen bürgerlichen Statistiker sprechen, wie der Preisabbau in Wirklichkeit aussehen müßte.

Die von Dr. Kuczynski herausgegebene finanzpolitische Korrespondenz enthält eine Berechnung von Felix Burg darüber, wie der Preisabbau aussehen müßte, wenn der Einkommensausfall durch Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und die Preissteigerung der letzten Jahre so ausgeglichen werden soll, daß bei den heutigen Einkommensverhältnissen die reale Kaufkraft aus der Zeit vor der Krise wiederhergestellt wird.

Es wird zunächst festgestellt, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sich seit 1927 um 12 Milliarden RM gesenkt hat. Im Zusammenhang damit sind die Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel von 42 auf 49 Proz. gestiegen. Die Preiserhöhungen für Lebensmittel infolge der Zollpolitik und anderer Teuerungsfaktoren führten zu einer jährlichen Mehrausgabe von 4 Milliarden RM gegenüber 1927, ohne daß sich dabei die Lebensmittelmengen im Verbrauch des werktätigen Volkes gesteigert hätte.

Die Mietensteigerung brachte seit 1927 eine zusätzliche Belastung von jährlich 2,5 Milliarden RM. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung, Verkehr usw. brachten infolge der Tarifierhöhung eine solche von 1,3 Milliarden RM. Durch diese durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben ist dann z. B. die Summe, die aus den Volkseinkommen für den sogenannten elastischen Bedarf, d. h. Kleidung und Kultur ausgaben, doch zur Verfügung stand, von 30 auf 15 Milliarden RM zurückgegangen — ein Beweis für die ungeheuer zunehmende Verelendung der breiten Masse.

Burg stellt nun die Frage, wie groß muß die Preissenkung sein, um den Einkommensausfall auszugleichen und das alte Verhältnis in den Ausgaben wieder herzustellen, und kommt dann zu folgendem Schluß:

Die Nahrungsmittelpreise müßten um 15 Proz., die Mieten um 31 Proz., die Verkehrsausgaben um 23 Proz. und die Preise für Heizung und Beleuchtung um 26 Proz. gesenkt werden.

Durch eine solche Preissenkung würde erst die reale Kaufkraft der Werktätigen, wie sie 1927 war, wieder hergestellt werden. Deswegen ist die ganze Preissenkungsaktion heute als erledigt zu betrachten. Die Zollpolitik Schieles schafft im Gegensatz dazu Preiserhöhungen. Durch die Niederrückung der Zollmauern könnte nach einer Berechnung des Prof. Dessauer die Mehrbelastung der deutschen Konsumenten um 2,5 Milliarden RM gesenkt werden. Diese riesige Summe ist also dem Verbrauch entzogen und wandert in die Taschen der Großagrarier.

Dieser Index ist also nur aufgestellt für diejenigen, die auf Grund gutbezahlter Stellungen sich alles zum Leben Gehörige leisten können, für diese ist daher auch nur die Preissenkung etwas fühlbar geworden, für das Gros des Proletariats ist der Preisabbau einem Märchen aus „Tausendundeine Nacht“ gleich.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Schöne Zustände in einem Druckereibetriebe.

In dem der reformistische Buchdrucker-Verband zu 90 Proz. vertreten ist

Wie weit obengenannte reformistische Buchdrucker-Organisation als Klassenkampforganisation zu bewerten ist, beweisen Zustände, welche in der Druckerei des „Eislebener Tageblattes“, Inh. Ernst Schneider, herrschen.

In diesem Betriebe sind 12 Angestellte, 35 Arbeiter, 1 Frau und 4 Arbeitsmädchen beschäftigt. Trotzdem der Besitzer ein echt deutscher Mann ist, haben die 35 im Buchdrucker-Verband organisierten Arbeiter nicht einmal die Courage, für die tarifliche Entlohnung aller Beschäftigten einzutreten.

Die Arbeitsmädchen, zu deren Aufgaben auch die Erledigung aller vorkommenden Maschinenarbeiten gehört, werden mit einem Hungerlohn abgespeist, der jeder Beschreibung spottet. So erhält z. B. ein Arbeitsmädchen von 21 Jahren den enormen Wochenlohn von 7,67 RM, also stündlich noch nicht einmal 16 Pf., während ihr lt. Tarifvertrag ein Wochenlohn von 19,41 RM zusteht. Jede Lohnaufbesserungsforderung weist Herr Schneider mit der Bemerkung zurück, daß sich die Betroffenen dann nach anderer Arbeit umsehen sollen.

Beurteilt man die Arbeit dieser Mädchen, die ja fast alle Maschinen mitbedienen müssen, so müßte man ihnen zumindest den Hilfsarbeiterlohn für Buchdrucker zugestehen. Aber dieser noble Firmeninhaber weigert sich ja, den Tariflohn für Arbeiterinnen zu zahlen, geschweige denn den der Hilfsarbeiter. Außerdem wird jede Minute, die die Arbeiterinnen nicht bei ihrer Arbeit sind, abgezogen. So wurde einem dieser Mädchen, das zum Arzt gehen mußte, prompt die dafür versäumte Zeit in Abzug gebracht, obwohl feststeht, daß die Sprechzeit immer in die Arbeitszeit fällt.

Daß zu diesen „Löhnen“ sich eine entsprechende Behandlung gesellt, dafür sorgt der Obermeister Galle. Nach seinem Lieblingsausdruck, „dummes Huhn“ zu urteilen, muß er früher auf einer Hühnerfarm als Setzer tätig gewesen sein; Redeverbote wie „halten Sie ihren Schnabel, Sie äußeres Weib“, sind bei diesem Vorgesetzten alltäglich.

Aber nicht nur den Frauen wird diese Behandlung eines gebildeten Menschen zuteil, auch die Buchdrucker erfahren derartiges. Alle Beschwerden beim Geschäftsführer Neuhaus oder beim Inhaber Schneider werden unbeachtet gelassen.

Ein besonderer Faible des Obermeisters ist es, alle Leute zu entlassen deren Nase ihm nicht paßt, besonders aber diejenigen, die es wagen, sich einer Klassenkampforganisation anzuschließen.

Aus eben erwähntem Grunde wurde eine unserer Kolleginnen entlassen, auf deren Arbeitsbescheinigung man als Entlassungsgrund „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ anführte.

Diese Firma glaubt also, daß es zweckmäßiger ist, nur reformistisch organisierte zu beschäftigen, die es nicht wagen, den ihnen zustehenden Tariflohn zu fordern.

Wir werden in dieser Hinsicht festzustellen haben, ob sich eine Firma zu deren Abonnenten große Kreise der Eislebener Bevölkerung gehören, die auf die Kaufkraft der Arbeiter und Arbeiterinnen angewiesen sind, erlauben kann, Bettelpennige als Lohn zu zahlen.

Hoffen wir, daß das Eislebener Arbeitsgericht einen anderen Standpunkt einnehmen wird.

Mancher wird beim Lesen dieser Zeilen fragen, ob denn der Betriebsrat dieses duldet. Darauf sei hier erwidert, daß es dort keinen Betriebsrat gibt, nicht einmal einen Obmann. Es gibt also, kurz gesagt, bei der bereits erwähnten Firma Schneider keinen Betriebsrat, auch keinen Tarif; dort kann geschaltet werden wie es der Firma gefällt.

Aus Vorverwähntem ist deutlich zu erkennen, wie ernst es die Reformisten mit der Wahrung ihrer Rechte nehmen — andernfalls die Organisation längst hätte eingreifen müssen.

Kollegen des graphischen Gewerbes, so sehen die Reformisten nicht nur beim „Eislebener Tageblatt“ aus, sondern fast überall. Sie wagen es nicht einmal von ihrem Recht, einen Betriebsrat zu wählen, Gebrauch zu machen. Sie nehmen stillschweigend jeden Lohnabbau hin, um nur arbeiten zu können, sie lassen es zu, daß den mit ihnen zusammen arbeitenden Kolleginnen die gemeinsten Schimpfworte an den Kopf geworfen werden und lachen sich dann noch heimlich eins ins Fäustchen.

Das ist das Bild von den meisten, die in diesem Eldorado beschäftigt sind. Diejenigen, die etwas Rückgrat haben, müssen schweigen, um nicht entlassen zu werden.

Wir rufen all denjenigen, die diese Zustände nicht billigen, zu, organisiert Euch in einer Klassenkampforganisation. Wehrt Euch gegen diese Zustände. Fordert Euren Tariflohn!

Schließt die Reihen im Industrie-Verband für das graphische Gewerbe! Die reformistischen Organisationen sind die Steigbügelhalter des Kapitals, sie wollen und werden nicht die Interessen der im graphischen Gewerbe Beschäftigten vertreten — sie haben die Interessen der Unternehmer wahrzunehmen, sprechen sie doch offen aus, daß sie den kranken Kapitalismus heilen und aufbauen wollen. Wer das will, kann die Rechte der Arbeiter nicht vertreten!

Die Erwerbslosenversicherung soll beseitigt werden

Die bürgerliche Presse meldet, daß in den letzten Tagen unverbindliche Besprechungen zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmer-Vertretern, Behörden- und Regierungsvertretern stattgefunden haben, die den Zweck hatten, zu erwägen, auf welche Art und Weise man weitere Einsparungen an den Sätzen der Erwerbslosen-Unterstützung vornehmen kann.

Dabei hat man die Zusammenlegung der Arbeitslosen-Versicherung, der Krisen- und Wohlfahrts-Fürsorge ins Auge gefaßt, um damit die Arbeitslosenversicherung ihres Versicherungscharakters zu entheben.

Man will also wieder die Erwerbslosenfürsorge einführen, die natürlich von der sogenannten Bedürftigkeit des Erwerbslosen abhängt.

Neben dieser Reorganisierung stand eine damit verbundene Angleichung der Bezüge — mit anderen Worten: eine Herabsetzung der Unterstützungssätze — zur Debatte.

Mit Hilfe dieser Pläne sollen jährlich 900 Millionen Mark gespart werden. 900 Millionen Mark sollen aus den Aermsten der Armen herausgepreßt werden. Den in Arbeit Stehenden sollen aber nach wie vor die Beiträge zur Erwerbslosen-Versicherung von ihrem völlig ungenügenden Lohn abgezogen werden.

Da diese Pläne weiterhin darauf hinauslaufen, die Bearbeitung dieser Erwerbslosenfürsorge den Gemeinden zu übertragen, bedeutet dieses, daß die Arbeitslosen der Willkür der Gemeinden, die schon größtenteils finanziell vor dem Nichts stehen, ausgeliefert werden sollen.

Wie weit diese Pläne sich bereits zu einem Entwurf des Reichsarbeitsministeriums verdichtet haben, ist noch ungewiß. Auffallend ist jedoch die Tatsache, daß die Presse der reformistischen Gewerkschaften und der SPD. sich bisher darüber ausgeschwiegen hat, dafür aber mit einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsplan an die Öffentlichkeit treten will, wonach 1 Million Erwerbslose auf ein Jahr beschäftigt werden soll.

Da bisher alle vom ADGB. entworfenen Pläne (siehe Reform-Programm zum Abbau der Erwerbslosen-Unterstützungssätze, siehe Lehmanns Propaganda für den Abbau der Krankenkassenleistungen, Einführung der 50 Pf.-Gebühr, siehe Mitarbeit der ADGB-Führer im Wirtschaftsbeirat für die Notverordnung) nur zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung waren, wird auch dieser Plan der Arbeitsbeschaffung nur dazu dienen, den Massen Sand in die Augen zu streuen, um den verbrecherischen Plan der weiteren Herabsetzung der Erwerbslosen-Unterstützung damit zu verdecken.

Diese Herrschaften, die bis dato an allen Verelendungsplänen ihr gerüttelt Maß von Schuld tragen, werden auch nicht davor zurückschrecken, die Erwerbslosen dem Hungertode preiszugeben!

Das müssen die Arbeiter endlich erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. Sie müssen abrücken von diesen reformistischen Gewerkschaften, die nur noch als Helfershelfer des Kapitals auftreten. Sie müssen sich einreihen in die revolutionäre Gewerkschaftsfront, um damit zu helfen an dem Aufbau der zu schaffenden Klassenfront des gesamten revolutionären Proletariats, die dringend notwendig ist, wenn die Proletarier nicht im Elend untergehen sollen. Für alle revolutionären Arbeiter, die mit dem Reformismus gebrochen haben, heißt es, hinein in die dem Bund angeschlossenen revolutionären Industrie-Verbände!

Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter

Berg- und Hüttenarbeiter, aufgepaßt!

Kameraden, es ist vollbracht. — So wird wohl der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Martin Kiefner gedacht haben, nachdem seine Notverordnung den Belegschaften bekannt gemacht worden ist.

Diesmal hat er jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sein Gesicht wird vor Staunen immer länger geworden sein, hat sich doch die überwiegende Mehrheit also auch der größte Teil seiner Anhänger, gegen die Kiefnersche Notverordnung erklärt.

Die Berg- und Hüttenarbeiter haben diesmal fast einmütig, mehr denn 85 Proz., den Angriff auf ihr durch den Lohnabbau schon fast leeres Portemonnaie zurückgeschlagen.

Kameraden, warum nicht immer so? Die wenigen der Belegschaft, die noch hinter ihrem Martin stehen, verdienen anscheinend noch zu viel, dann können sie den Ausfall der anderen mitbegleichen.

Kollegen von Mansfeld, hieraus ist klar und deutlich ersichtlich, daß sie uns, wenn wir einig sind, nichts tun können. Wenn wir nicht wollen, kann sich Kiefner und der ADGB. begraben lassen mit seiner ganzen verräterischen Gesellschaft.

Lange genug ist Kiefner auf die Gutmütigkeit der Mansfelder Knappen gereist. Wir erinnern nur daran, wie er vor nicht allzu langer Zeit mit gehobener Brust als Arbeitervertreter der Mansfelder Belegschaften die Lügenparole durch Radio gab, ein jeder Bergmann habe sein kleines Häuschen, ein oder zwei Schweine im Stall, mehrere Morgen Land und außerdem den schönen Verdienst von 10 RM pro Schicht.

Kurz und gut, der Mansfelder Bergmann lebe herrlich und in Freuden. Wohl wünschten wir, es wäre so. Wie sieht aber die traurige Wirklichkeit aus? Daß es uns nicht zu wohl geht, dafür sorgt schon die Mansfeld A.-G. Wir haben noch nicht einmal 6 RM pro Schicht, geschweige denn ein Schwein und ein eigenes Häuschen von diesem elenden Verdienst. Martin Kiefner hat also den Radiohörern einen jämmerlichen Bären aufgebunden.

Leider ist der Mansfelder Knappe zu genügsam und vergibt zu leicht, sonst wäre es nicht möglich, daß ein Kiefner wieder Betriebsratsvorsitzender werden konnte.

Dieses letzte Glanzstück, die Notverordnung, dürfen wir ihm aber nicht vergessen, denn er hat damit bewiesen, daß er der ungeeignetste Mann für den Betriebsratsvorsitz ist.

An Euch, Mansfelder Kameraden, wird es nun liegen, ob Ihr noch länger an der Nase herumgeführt werdet von einem Menschen, der dazu beiträgt, Eure elenden Verhältnisse immer mehr zu verschlechtern und sich dann noch Vertreter der Arbeiterschaft nennt.

Für die Zukunft habt Ihr Euch also Männer für die Betriebsvertretung zu wählen, die Eure Interessen und nicht die Interessen der Mansfeld A.-G. im Auge haben.

Deshalb heißt es, sich eng zusammenschließen, aber nicht in der von Kiefner vertretenen Organisation des ADGB., die immer und immer wieder für den Lohnraub eintritt, sondern zusammengeschlossen in der revolutionären Klassenfront.

Alle Berg- und Hüttenarbeiter gehören in die Klassenkampforganisation, in den Industrie-Verband für Berg- und Hüttenarbeiter.

Achtung, Schulungskursus!

Kollegen, Berg- und Hüttenarbeiter, um unsere Organisation weiter ausbauen zu können, um weiterhin dem Gegner jederzeit entgegenzutreten zu können, muß ein Funktionärkörper geschaffen werden, der allen Anforderungen unsererseits, allen Anfeindungen des Gegners gewachsen ist.

Deshalb wird in aller Kürze ein Schulungskursus stattfinden. Hier soll jedem Kollegen die Möglichkeit gegeben werden, sein Wissen zu bereichern. Wir erwarten daher, daß alle Kollegen unserer Organisation, auch von den umliegenden Ortsgruppen, sich recht zahlreich daran beteiligen.

Anmeldungen zur Teilnahme nehmen entgegen die Kollegen

Willi Credo, Eisleben, Anhaltstraße 11;

Adolf Kulbe, Eisleben, Mittelreihe 5;

Friedrich Erdmenger, Eisleben, Breiter Weg 53.

Die Meldung hat spätestens bis zum 20. Februar zu erfolgen.

Des weiteren weist der Vorstand darauf hin, daß jeden Sonntag nach dem Hauptlohntag die fällige Monatsversammlung stattfindet.

Es ist dringend erforderlich, um über alle Organisationsangelegenheiten informiert zu sein, daß jeder Kollege zu diesen Versammlungen erscheint. Gerade in der jetzigen Zeit des verschärften Angriffes unserer Gegner ist der engste Zusammenhalt notwendig. Der Vorstand.

Die Lebensverhältnisse im Mussolini-Reich

In Deutschland glauben Millionen Menschen an die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Ersterung des Dritten Reiches. Die nüchternen Tatsachen aus Italien, das jetzt seit nahezu zehn Jahren unter dem Diktat des Faschismus lebt, zeigen, daß die arbeitende Klasse in Italien unter den elendsten Lebensbedingungen ihr Dasein fristen muß.

Was verdient der Mensch in Italien und was kostet sein Lebensunterhalt? Einer Statistik zufolge, entnommen den faschistischen Syndikaten, ist der durchschnittliche Stundenlohn des italienischen Industriearbeiters, umgerechnet in deutsches Geld, 41 Pf. Legt man monatlich 178 Stunden zugrunde — da in fast allen Industrien durchschnittlich sieben Stunden pro Tag gearbeitet wird —, so verdient der Industriearbeiter im Monat 73 RM. Berücksichtigt man weiter, daß im Verhältnis zu Deutschland, zumindest in den Großstädten, der Kinderreichtum in Italien bedeutend höher ist, so müssen demzufolge mehr Menschen von diesem Lohn leben.

Einem statistischen Bulletin entnehmen wir die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, danach kostet:

	pro kg Pf.		pro kg Pf.
Weizenbrot	37	Zucker	136
Weizenmehl	42	Ziegenkäse	292
Bruchreis	27	Butter	262
Teigwaren	52	Kaffee	640
Kartoffeln	13		pro Liter
Rindfleisch	176	Olivenöl	150
Schweinefleisch	250	Milch	26
Wurst	355		pro Dtzd.
		Eier	152

An diesen Preisen sehen wir, daß sie, wenn nicht höher, so zumindest so hoch wie in Deutschland sind.

Zu den Mieten: Die offiziellen Zahlen geben für die Großstädte Rom, Mailand und Genua 20,60 für Stube und Küche pro Monat an. Im gesamten Lande werden durchschnittlich für eine Wohnung, welche eine Stube und Küche umfaßt, 16 RM gezahlt.

Der Faschismus hat, ähnlich wie in Deutschland, eine Preissenkungskampagne durchgeführt, hatte nahezu zehn Jahre die radikalsten Macht- und Druckmittel in Händen, die ein Wirtschaftspolitiker sich wünschen kann, und konnte es nicht zuwege bringen, nennenswerte Preissenkungen hervorzurufen, also hat sich auch der Faschismus nicht der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit entziehen können. Die Preise liegen — im Gegenteil — noch etwas über dem Stand des letzten Jahres vor der faschistischen Machtübernahme. Im Laufe des letzten Jahres wurde eine zwölfprozentige Lohnsenkung vorgenommen trotz der oben skizzierten Verhältnisse zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Wenn wir nun neben den Industriearbeitern andere Berufsgruppen, wie z. B. die Landarbeiter, betrachten, von denen nach amtlicher Feststellung die männlichen Arbeitnehmer 26 Pf., die Frauen 15 Pf. die Stunde verdienen, wenn wir weiterhin feststellen müssen, daß die Arbeitslosen — und zwar nur das bevorzugte Drittel — eine staatliche Unterstützung erhalten, die je nach der Familienstärke 27 bis 82 Pf. pro Tag beträgt, dann müssen wir sagen, daß im faschistischen Reiche Hunger und Elend an der Tagesordnung sind. Italien hat zur Zeit mehr denn 1 1/2 Millionen Erwerbslose.

Im Mittelstand sieht es nicht viel besser aus. Die Staatsbeamten haben in der niedrigsten Gehaltsklasse inklusive Zulage für Frau und zwei Kinder jährlich 1275 RM, in der höchsten Gehaltsklasse 2300 RM, höhere Beamte ein Einkommen von 2600 bis zu 14 000 RM.

Die Gehälter der Privatangestellten reichen gleichfalls nicht zum Leben aus: Stenotypistinnen erhalten 80 bis 120 RM monatlich, Verkäuferinnen 40 bis 100 RM, Buchhalterinnen 60 bis 120 RM.

Für die freien Berufe ist es schwer, Ziffern zu erhalten, jedoch soll unter den Anwälten und Ärzten eine ebensolche Proletarisierung zu verzeichnen sein wie bei uns.

Die Kleidung ist keineswegs billiger, vielfach sogar teurer als in Deutschland. Zigaretten, Vergnügungen usw. sind im Verhältnis zu den Einnahmen außerordentlich kostspielig.

An Hand dieser statistischen Zahlen ergibt sich zweifelsfrei, daß der Faschismus das Elend und die Not im Lande nicht bannen kann, sondern nur vergrößern hilft.

Dieses sollte all denjenigen, die da glauben, daß die Nationalsozialisten es in Deutschland besser machen können, ein Beweis sein, daß auch sie nach den kapitalistischen Prinzipien den breiten Massen des Volkes Elend und Ausbeutung bringen, um einer kleinen Schmarotzerschicht die Profite aus den Knochen der Arbeitenden zuzuschmecken.

Der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands zeigt dieses in aller Deutlichkeit, daß sie nichts zu erwarten hat vom Dritten Reich, daß sie im Zeichen des kapitalistischen Unterganges eine menschenwürdige Lebensweise sich nur errichten kann durch Beseitigung des kapitalistischen Profitsystems und Aufbau der sozialistisch-kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Deshalb heißt es für die arbeitende Klasse: Niederrückung des Faschismus, ehe er zur Macht kommt, Niederrückung seiner Helfershelfer im Reformismus und Kapitalismus durch Schaffung der einheitlichen Klassenfront. Nicht Eiserner Front, sondern proletarische rote Einheitsfront.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Telephon: A 7 Dönhoff 3110

Metallarbeiter. verhindert neuen Krieg!

Noch sind die tiefen Wunden, die der Weltkrieg 1914-18 den Völkern schlug nicht verheilt und schon droht wieder das Schreckgespenst eines neuen, brudermordenden Krieges. Der blutige Feuerchein, der von Osten her zu uns herüberleuchtet, ist das warnende Flammenzeichen eines Brandes, der vorläufig zwar noch auf seinen Herd beschränkt ist, vor dessen Ausdehnung man sich aber hüten muß. Die infolge der tiefen Krise von allen kapitalistischen Staaten herbeigesehnte Aenderung der Wirtschaftslage ist im kapitalistischen Sinne nur möglich, durch Entfesselung eines Krieges, der im Gefolge mit sich bringt einen Aufschwung der Rüstungsindustrie. Wie stark die Kapitalisten ihre Hoffnung auf einen kriegerischen Ausweg aus der Krise legen, ersieht man daraus, daß in dem Konflikt China—Japan zur Beilegung dieses Konfliktes nichts unternommen wird, sondern im Gegenteil auf die Ausdehnung dieses Konfliktes spekuliert, wie es das Steigen der Pariser Rüstungsaktien an der Börse beweisen. Emsig ist die Rüstungsindustrie dabei, aus den Vorgängen im fernen Osten soviel als möglich herauszuschlagen und Aufträge für Munition und Geschütze zu erhalten. Bei dieser Sachlage ist es erklärlich, daß auch der deutsche Kapitalismus, der sich in einer noch schwierigeren Wirtschaftslage befindet als der der anderen Länder, auch seinerseits alles unternimmt, um sich seinen Gewinnanteil an dem zu erwartenden fetten Geschäft zu sichern. Das diese Hoffnungen der deutschen Rüstungsindustrie sich auf durchaus realen Bahnen bewegen, beweisen die Meldungen der letzten Tage, wonach bereits von deutschen Firmen Munitionsvorkäufe nach Japan stattgefunden haben. Wenn auch diese Munitionstransporte noch keinen besonders großen Umfang angenommen haben, und die deutsche Rüstungsindustrie vorläufig an den Munitionslieferungen nach Japan in nennenswerter Weise nicht beteiligt ist, so darf man sich doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das was noch nicht ist, sehr leicht werden kann. Für die gesamte deutsche Arbeiterschaft steht die Frage des Japan-China-Konfliktes so, das sie unter keinen Umständen dulden darf, das deutsche Munition und deutsche Waffen zur Niedermetzlung ihrer chinesischen Klassenbrüder benutzt wird.

Doch nicht allein auf die Verhinderung von Waffen und Munitionstransporte muß das Augenmerk der Arbeiter gerichtet werden. Die deutschen Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß es in erster Linie zu verhindern gilt, eine Ausbreitung, ein Uebergreifen des Chinabrandes auf die anderen Länder. Jeder Arbeiter muß sich klar darüber sein, daß sämtliche Mächte mit dem Vorgehen der Japaner nicht nur einverstanden sind, sondern die japanischen Expansionsbestrebungen unterstützen, wo und wie sie nur können.

Insbesondere ist es Frankreich, das diesen japanischen Kriegsgelüsten Vorschub leistet mit der Hoffnung, in Asien mit Hilfe Japans die rote Gefahr des Bolschewismus zurückzuschlagen zu können. Und das ist die tiefere Ursache die Japan veranlaßt hat, sich in ein derartiges militärisches Abenteuer zu stürzen. Japan weiß sehr wohl, das die in allen Staaten herrschende Wirtschaftsmisere nach einem Ausweg drängt und das dieser Ausweg von Frankreich darin gesehen wird, daß durch die Niederringung und Unterjochung der Sowjetunion Absatzgebiete für den kapitalistischen Markt erschlossen werden. Infolge der finanziellen Abhängigkeit Deutschlands von Frankreich ist es klar, daß die deutsche Bourgeoisie die Pläne Frankreichs unterstützen wird. Damit ist aber die Gefahr verknüpft, das Deutschland bei einem Kriege der kapitalistischen Staaten mit der Sowjetunion zum Waffen- und Munitionslieferant wird und hier setzen die Aufgaben des deutschen Proletariats ein, ganz besonders aber der Metallarbeiter. Ist doch Deutschland überreich an Metallbetrieben und wenn auch diese Betriebe vorläufig Friedenserzeugnisse herstellen, so ist die deutsche Industrie sehr wohl imstande, innerhalb ganz kurzer Zeit ihre Betriebe auf Kriegsbedarf umzustellen. Es muß daher die Pflicht der Metallarbeiter sein, heute schon in den Betrieben Augen und Ohren offen zu halten, um alle irgendwie sich bemerkbar machenden Aenderungen des Betriebes, die auf eine derartige Umstellung des Betriebes hindeuten, der Arbeiteröffentlichkeit mitzuteilen, damit gegen diese Pläne Sturm gelaufen werden kann. Metallarbeiter, die Kriegsgefahr in der wir uns befinden ist riesengroß. Es geht nicht nur um die Eroberung der Mandchurei durch Japan, sondern es handelt sich um einen von den Imperialisten der ganzen Welt wohl vorbereiteten Feldzug gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung. Durch die Vernichtung der Sowjetgebiete in China, durch die Vernichtung der Sowjetunion wird der Weg frei gemacht zu einer vollständigen Niederwerfung aller proletarischen Freiheitsbestrebungen. Der Tod wäre allen denen sicher, die auf ihre Fahnen die Losung Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschrieben haben.

Darum Metallarbeiter, seid auf der Hut. Verfolgt mit Argusaugen alle Vorgänge innerhalb Eurer Betriebe. Organisiert Sabotageaktionen für den Fall eines ausbrechenden Krieges, verhindert mit allen Mitteln die nochmalige Wiederholung eines solchen barbarischen brudermordenden Gemetzels wie es der vergangene Krieg war. Kämpft für die Losung Krieg dem Kriege.

Stahlhelm und Christlicher Verband als Streikbruch- organisator

Seit dem 14. Januar stand die Belegschaft des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf im Kampf zur Verhinderung eines 30 prozentigen Lohnabbaues. Dieser Streik, der bis zum 4. Februar währte, mußte infolge des Verrats der christlichen Gewerkschaftsführer und des Stahlhelms abgebrochen werden. Im Anfang des Streiks waren die Kollegen einmütig und geschlossen der Meinung, daß die Lohnabzüge der Direktion vollkommen unberechtigt und infolge ihrer Höhe untragbar seien. Dieser Meinung wurde Nachdruck verliehen, in der vor dem Streik stattgefundenen Urabstimmung, wo

alle restlos für den Streik stimmten. Als damals bei Beginn des Streiks der christliche Gewerkschaftsführer Dudey versuchte, durch Verweigerung der Streikunterstützung die Mitglieder des christlichen Verbandes zum Streikbruch zu veranlassen, gaben ihm seine Mitglieder zu verstehen, daß sie sich geschlossen der Streikfront anschließen würden. Infolge des Einflusses, den insbesondere der Industrie-Verband für das Metallgewerbe durch seine klare revolutionäre Haltung bei den Christen gewann und die Frage des Uebertrittes der christlich organisierten Kollegen zum IVfM, in den Versammlungen offen diskutiert wurde, kam Dudey so in Druck, daß er in seiner Angst nichts mehr öffentlich gegen den Streik zu unternehmen wagte. Dafür aber versuchte er durch unterirdische Wühlereien, durch Einzelgespräche die Kollegen zu überreden, der Streikfront den Rücken zu kehren. Dudey ging in Verbindung mit den Stahlhelmen soweit, daß er regelrechte Streikbrecherkolonnen anwarb und in das Werk sandte. Leider ließen sich die Kollegen teilweise durch diese Streikbruchaktion der Stahlhelmer und Christen beirren und nahmen die Arbeit wieder auf. Dadurch wurde der Streik verloren und die Kollegen müssen heute bei ganz enorm herabgesetzten Löhnen ein noch elenderes Dasein fristen, als sie es schon hatten.

Kollegen des Christlichen Metallarbeiterverbandes!

Erkennt, welch ungemein schädige und arbeiterschädigende Handlung eure Führung begangen hat. Wollt ihr, daß euer Los der Knechtschaft, der Unterdrückung und Ausbeutung aufgehoben und beseitigt wird, dann müßt ihr aus einer solchen reaktionären unternehmerfreundlichen Gewerkschaft, wie es die christliche Gewerkschaft ist, austreten und euch anschließen der unabhängigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung, wie sie im Industrie-Verband für das Metallgewerbe verankert ist.

Aus der Berliner Organisation

Der Bezirksverein Berlin hielt am 29. Januar in den Sophiensälen seine Jahres-Generalversammlung ab. Die Eröffnung fand um 8 Uhr statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Versammlungsleiter bekannt, daß der erste Punkt der Tagesordnung: Bolschewismus oder Faschismus, zurückgestellt werden müsse, weil der dazu ausersehene Referent plötzlich erkrankt sei. Die Kollegen beschlossen, dieses Thema in einer später abzuhaltenden Versammlung erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Als dann gab der Kollege Gerschütz den Geschäftsbericht. Daraus war zu ersehen, daß mit dem Wachstum der Organisation auch die Schwierigkeiten der zu bewältigenden Aufgaben gewachsen waren. Infolge der immer stärkeren Ausbeutung in den Metallbetrieben sah es der Verband mit als seine Hauptaufgabe an, die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit einer organisierten Gegenwehr gegenüber den fortwährend überhandnehmenden neuen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden der Unternehmer zu überzeugen.

Diese Aufklärungsarbeit habe mit dazu beigetragen, daß die Mitglieder des IVfM, sich an allen Streikämpfen der letzten Zeit hervorragend beteiligten und dadurch Einfluß auf die unserer Organisation noch fernstehenden Kollegen gewinnen konnten. Besonders vorbildlich war die Haltung der Kollegen in dem Streik der Hennigsdorfer Walzwerkarbeiter im vergangenen Jahre, anlässlich der Stilllegung der Blockwalzenstraße. Tag für Tag waren die Kollegen unermüdet tätig, den Kampf zu halten und die vom Unternehmer versuchte Zersplitterungsaktion der Streikenden zu verhindern, was ihm eben dank der Tatkraft der Kollegen nicht gelang. Aus Rache dafür wurden nach Beendigung des Streiks eine Anzahl unserer Mitglieder von der Direktion auf die Straße gesetzt. Doch solche Schikane der Kapitalisten fürchten unsere Kollegen nicht und lassen sich dadurch durchaus nicht von ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abhalten, wie das der neuerliche Streik im Walzwerk Hennigsdorf beweist, wo unsere Genossen mit derselben Energie in der Kampffront stehen wie im vergangenen Jahre.

Weiter führte Kollege G. aus, daß die Frage der Einheitsfront Gegenstand eingehender Besprechungen sowohl in den Funktionärsitzungen als auch in den Bezirksversammlungen gewesen ist. Die Organisation habe sich dieserhalb an den Bund gewandt mit dem Ersuchen, eine Vorstandskonferenz abzuhalten zur Besprechung dieser für die Arbeiter so wichtigen Frage. Der Bund habe bejahend geantwortet und wird diese Konferenz in der nächsten Zeit stattfinden.

Nachdem noch Mitteilung gemacht wurde von den Arbeiten des Betriebsräte-Ausschusses und dem Ausgang verschiedener Klagen vor dem Arbeitsgericht, wies der Referent zum Schluß auf die immer größer werdende Gefahr des Faschismus hin. Ständig erweitere sich der Machtbereich und Einfluß der Faschisten, und damit nehme die Möglichkeit der Machtübernahme des Staatsapparates durch die Faschisten immer greifbarere Gestalt an. Dies würde im Falle des Gelingens den völligen Untergang der revolutionären Arbeiterbewegung bedeuten, und müsse daher mit allen Mitteln zu verhindern versucht werden.

In der sich an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion wurde ganz besonders die Frage der Herstellung der Einheitsfront behandelt. Alle Diskussionsredner waren sich einig darüber, daß in der Zeit verschärfter Ausbeutung, der drohenden Ausbreitung des Faschismus, alles getan werden müsse, die Einheit des Proletariats herzustellen.

Anschließend an die Diskussion nahm der Kollege Oczko als Kassierer das Wort zum Kassenbericht. Trotz der starken Inanspruchnahme der Kasse infolge der häufigen Streiks, sei es möglich gewesen, allen Ansprüchen gerecht zu werden. Natürlich sei die tiefe Wirtschaftskrise nicht spurlos an unserer Organisation vorübergegangen. Die riesenhafte Arbeitslosigkeit habe es mit sich gebracht, daß 70 Prozent der Mitglieder verdienstlos, und daher nicht in der Lage seien, Beiträge zu entrichten. Der Rückgang der Einnahmen sei also erklärlich. Zur Hebung des Streikfonds richtete Kollege Oczko einen Appell an alle Mitglieder, sich nach Maßgabe ihres Könnens am Kauf der Kampffondsmarken zu beteiligen.

Nach dem Kassenbericht gab der Kollege Scheil als Obmann der Revisoren bekannt, daß die Kasse geprüft und in

Ordnung befunden worden sei, weshalb er beantrage, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Diesem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Nummehr wurde in die Neuwahl des Vorstandes eingetreten. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege M. Gerschütz, 2. Vorsitzender Koll. M. Adler; 1. Kassierer Koll. Oczko, 2. Kassierer Koll. Piko; 1. Schriftführer Kollegin Frieda Seider, 2. Schriftführer Koll. K. Kapala. Revisoren: die Kollegen Scheil, Mielke und Böske, Bundesvorstand: die Kollegen Mielke und Schröder. Bundesbeirat: die Kollegen Liedtke und Schmiel (Nowawes).

Außerdem wurde eine Schiedskommission gebildet, die sich zusammensetzt aus den Kollegen Gruber, Birol und Hartisch. In die Bundes-Schiedskommission wurde entsandt der Kollege B. Tillack.

Nach Erledigung noch einiger interner Organisationsangelegenheiten, schloß der Leiter der Versammlung selbige mit einem Appell an die Mitglieder, weiterhin tätig zu sein für die Stärkung unserer Organisation, und alle Kräfte einzusetzen für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, zur Bannung der faschistischen Gefahr.

Bezirksverein Düsseldorf

Am 31. Januar 1932 fand die Generalversammlung des Bezirksvereins Düsseldorf statt. Kollege Saes gab einen ausführlichen Ueberblick über die einzelnen Vorkommnisse innerhalb unseres Bezirksvereins. Er erwähnte insbesondere den Ausschuß der ehemaligen Kollegen Ehlers und Beck. Letzterer wurde wegen Zugehörigkeit einer faschistischen Organisation ausgeschlossen. Die Tätigkeit des Bezirksvereins erstreckte sich im vergangenen Geschäftsjahr auf 5 Generalversammlungen, 12 Vorstands- und Funktionärsitzungen, 4 Bezirksversammlungen in Ratingen, 3 Sitzungen der Schiedskommission und 4 Belegschaftsversammlungen. Außerdem wurden 6 Kartellsitzungen abgehalten und 5 Kampfgemeinschaftsvorsammlungen besucht. Am 9. März 1931 wurde durch die Mitglieder des Kartells an den Gräbern der Märzgefallenen ein Kranz niedergelegt. Der 1. Mai wurde durch Demonstration und eine Abendveranstaltung in würdiger Form begangen.

Der alte Vorstand wurde beauftragt, die Geschäfte des Bezirksvereins weiterzuführen.

Warum hungert die breite Masse?

Auf Veranlassung des Reichsernährungsministers Schiele hat die deutsche Regierung den Agrariern zuliebe abermals die Zölle erhöht, wobei es sich wiederum um die Lebensmittel handelt, die der Proletarier zur Füllung seines Magens braucht.

In einer Zeit der ungeheuren Arbeitslosigkeit bedeutet diese Zollerhöhung Vernichtung der Menschheit.

Diese Erkenntnis kennzeichnet der bürgerliche „Dortmunder Generalanzeiger“ sehr treffend, in dem er schreibt:

„Das deutsche Volk ist im Begriff, Selbstmord zu begehen. Der Vollstrecker des Selbstmordwillens ist eine Regierung, die aus einem demokratischen Parlament hervorgegangen ist, das demokratische System aber ausgeschaltet hat und mit diktatorischen Methoden regiert.“

Vor dem Faschismus Angst zu haben, erscheint eigentlich lächerlich angesichts dieser Situation.

Wir haben den Faschismus, einen Faschismus besonderer Art, den eine kommende Zeit vielleicht als Brüning-Schiele-Faschismus bezeichnen wird. Wir machen rechtzeitig auf die Sturmzeichen aufmerksam, die sich ankündigen.“

Die „Kölnische Zeitung“, die der Volkspartei nahesteht, schreibt:

„Bei allem Verständnis für die Not der Landwirtschaft geht es aber nicht an, daß der auf Lohn und Gehalt angewiesene Teil der Bevölkerung von zwei Seiten in die Zange genommen wird, daß auf der einen Seite die Einnahmen beschnitten werden, und daß sich auf der anderen Seite die Lebenshaltungskosten verteuern.“

Es gibt kein Land, in dem die Zölle die Ware, die das Volk zur Lebenshaltung benötigt, so verteuern wie in Deutschland. Der Weizen ist z. B. in Deutschland dreimal so teuer wie in jedem anderen Lande, weil ja auf einen Zentner 12,50 RM Zoll liegt. Bei Beseitigung dieses Zolles würde das 70-Pf.-Brot sofort 28 Pf. kosten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse mit anderen Lebensmitteln. Der Durchschnittswert der Erbsen auf dem Weltmarkt ist 20 Pf. pro Kilo, der Zoll für Speiserbsen beträgt ebenfalls 20 Pf. pro Kilo.

Der Zoll ist also genau so hoch wie der Wert der Ware im Auslande. Für Schweine wird ein Zoll von 40 RM, für Gänse 2,10 RM das Stück, Rind- und Hammelfleisch 55 RM, Bohnen 8 RM je Doppelzentner erhoben.

Diese Zölle dienen vornehmlich dazu, das bankrotte System auf seinen Krieken noch zu erhalten, und ist in diesem Zusammenhang der Ausspruch der bürgerlichen Zeitung, daß das Volk im Begriff ist, Selbstmord zu begehen, so aufzufassen, daß es zu schlapp ist, sich von diesen Ketten zu befreien, daß es die Ausbeutung über sich ergehen läßt.

Wir haben keine Veranlassung, als Proletarier Selbstmord zu begehen, weil dieses Ausbeutungssystem es wünscht. Wir haben die Pflicht, die Ausbeuter hinwegzufegen und uns eine Welt zu schaffen, in der genug zum Leben für alle vorhanden ist.

Berichtigung

In der letzten Nummer des „BRIV.“ war ein Verzeichnis der Zahlstellen enthalten.

Für die Bezirke Reinickendorf-Ost und Osten ist hierbei ein Fehler unterlaufen, insofern, als das Zahlstellenlokal für Reinickendorf-Ost im Lokal von Richard Herrmann, Kopenhagener Str., an der Bahnbrücke, ist.

Die Erwerbslosenmarken für die Kollegen, welche in diesem Bezirk wohnen, werden jeden Freitag in vorgenanntem Lokal und außerdem in der monatlichen Bezirksversammlung, welche im Lokal „Storchnest“, Provinzstr. 79, stattfindet, geklebt.

Die Zahlstelle für den Bezirk Osten ist Kadiner Str. 20 im Lokal von Hellwig.

AfÜ-Arbeiter, reihet euch ein!

Im Zeichen der 6-Millionen-Erwerbslosigkeit und der schon zum Leben nicht mehr ausreichenden Löhne wird von seiten des Unternehmertums, der Kommune und des Staates versucht, die Produktion auf Kosten der Aermsten der Armen noch billiger durchzuführen. Daher läßt man von den Wohlfahrts-Unterstützungsempfängern Arbeiten ausführen, die nicht einmal tariflich bezahlt werden.

Durch diese Arbeitstätigkeit sollen die Erwerbslosen wieder in den Genuß ihrer Unterstützung kommen.

Wie weit die Entrechtung der AfÜ-Arbeiter vor sich geht, beweist schon die Tatsache, daß eine Betriebsvertretung im Sinne des Betriebsrätegesetzes bei diesen Arbeiten nicht in Frage kommt, sondern daß die AfÜ-Arbeiter sich nur die sogenannten Sprecher wählen können, die natürlich auch, wie alle übrigen Wohlfahrtsarbeiter, nach Ablauf ihrer vorgeschriebenen Arbeitszeit entlassen werden.

Man sieht, daß die herrschende Klasse es versteht, ihre Profite aus der elenden Lage der Arbeiterklasse zu ziehen.

Die AfÜ-Arbeiter versuchten, sich gegen diese rigorosen Maßnahmen aufzulehnen. — Der Streik der AfÜ-Arbeiter ist noch in frischer Erinnerung. Hier zeigte sich, daß man keine Kämpfe bei den AfÜ-Arbeitern führen kann, wenn nicht die Grundlage geschaffen wird, die übrigen Arbeiter in den städtischen Betrieben für den berechtigten Kampf der AfÜ-Arbeiter zu gewinnen. Es ist doch berechtigt, daß diese, um nicht als Lohndrücker für die übrigen Arbeiter der städtischen Betriebe zu gelten, für den Tariflohn kämpfen.

Die RGO. machte den schweren Fehler, daß sie die AfÜ-Arbeiter zum Streik aufrief, ohne diese Voraussetzung mit den städtischen Betriebsarbeitern durchzuführen. Diesen Fehler wird sie einsehen müssen, denn auch die AfÜ-Arbeiter haben dies begriffen.

Die AfÜ-Arbeiter müssen sich aber auch klar sein, daß sie Klassenkampforganisationen besitzen müssen, um bei Kämpfen nicht rücklings erdolcht zu werden. Also nicht solche Gewerkschaften, wie sie durch Leipart im ADGB verkörpert werden, die bei allen Kämpfen der Arbeiterschaft, wenn nicht gar offene Sabotage treiben, so doch dieselben im gegebenen Moment abdresselten, um dem Unternehmertum nicht wehe zu tun.

Der Betriebsräteausschuß für das Baugewerbe hat es sich zur Aufgabe gemacht, die AfÜ-Arbeiter zu aktivieren, um auf diesem Wege, unter Führung der revolutionären Industrie-Verbände, kommende Kämpfe vorzubereiten.

Der Betriebsräteausschuß hat die Feststellung machen können, daß die AfÜ-Arbeiter von der Politik der RGO. nichts mehr wissen wollen, deshalb hält er es für seine dringende Pflicht, damit sie nicht dem Indifferentismus anheimfallen oder gar in die Netze der christlichen oder freien Gewerkschaften geraten, sie für die Ideen der Industrie-Verbände zu gewinnen. Die Frage des Erwerbslosen-Problems kann nur im engsten Kontakt mit den Betriebsarbeitern gelöst werden.

Deshalb tritt der Betriebsräteausschuß an die Kollegen AfÜ-Arbeiter heran, um sie zur Mithilfe aufzufordern, die Klassenkampforganisationen auszubauen, um mit diesen das kapitalistische System zu kämpfen. Karl Marx hat Euch schon gelehrt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Daher, Kollegen AfÜ-Arbeiter, reihet Euch ein in die Front des kämpfenden Proletariats gegen Lohnraub und Faschismus, tretet ein in den Bund revolutionärer Industrie-Verbände.

Betriebsräte-Ausschuß für das Bau- und Metallgewerbe.

Schiffbau-Industrie-Verband

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Mozartstraße 7, pt.
Telephon: E 5 Lichtenberg 3349

Um 280 Jahre zurück

Die „Times“, vielleicht die angesehenste Tageszeitung Englands, hat vorgeschlagen, das Schiffahrtsgesetz des Revolutionsdiktators Cromwell aus dem Jahre 1651 wieder in Kraft zu setzen. Dadurch werde man der englischen Schiffahrtskrise abhelfen und nach und nach die ganze Wirtschaft wieder in Gang bringen. Das ist nicht etwa ein Scherz, sondern völlig ernst gemeint. So bankrott steht die bürgerliche Welt vor den Nöten der Gegenwart! Was die Urväter vor 280 Jahren taten, da will sie sich Rat holen!

Die sogenannte „Navigations-Akte“, die am 1. Dezember 1651 in Kraft trat, bestand aus unzähligen Einzelbestimmungen, die alle darauf hinausliefen, ausländische Schiffe und ausländische Seeleute von dem Warentransport nach und von englischen Häfen und Kolonien auszuschließen. Mit wenigen Ausnahmen sollte er nur englischen Schiffen vorbehalten sein, d. h. solchen, die in England gebaut waren, englischen Reedern gehörten, von englischen Kapitänen geführt wurden und mindestens zu drei Vierteln mit englischen Seeleuten besetzt waren.

Das Gesetz war eine ausgesprochene Kampfmaßnahme gegen die Niederlande. Diese lebten damals vornehmlich vom Zwischenhandel und hatten namentlich auf der Ostsee den größten Teil der Schiffahrt in der Hand. Das hatte sehr viel zu bedeuten, denn die Ostseeschiffahrt war damals noch größer als die ganze ost- und westindische zusammengekommen. Wurde nun den Holländern der Warentransport zwischen den zahlreichen Ostseehäfen und England genommen, so mußten sie sich im Kern ihres Wohlstandes bedroht fühlen. Die unmittelbare Folge des Gesetzes war denn auch ein schwerer Krieg zwischen England und Holland, der drei Jahre dauerte. Die Holländer verloren ihn und mußten 1654 die Navigationsakte anerkennen. Hierauf führt die englische Bourgeoisie — die „Times“ tut es noch heute — den Aufschwung ihrer Schiffahrt und ihres „Nationalreichtums“ zurück. Dabei wird übersehen, daß der englische „Nationalreichtum“ — so nennt man bekanntlich den Reichtum, an dem die große Masse der Nation keinen Anteil hat — in erster Linie aus einer grauenhaften Ausbeutung der englischen Arbeiter und des irischen Volkes stammt. Die Arbeiter machten damals schon mehr als die Hälfte der englischen Bevölkerung aus. Wie es ihnen ging gerade zu der Zeit, wo mit Hilfe des Navigationsgesetzes der englische „Nationalreichtum“ seinen Aufschwung nahm, darüber hat z. B. der Engländer Thorold Rogers (er starb 1890 als hochangesehener Professor der Universität Oxford und war natürlich kein Sozialist) festgestellt, daß im Jahre 1725 die Menge Unterhaltsmittel, die der englische Arbeiter für seinen Lohn kaufen konnte, kleiner war als 1495, und daß der Lohn zum notdürftigen Lebensunterhalt überhaupt nicht ausreichte. Denn der kostete 1725 fürs ganze Jahr 16 £ 2 sh 3 d (320—325 RM), der höchste Arbeitslohn in Stadt und Land aber betrug nur 15 £ 13 sh (etwa 313 RM). „Derselbe Betrag an Lebensmitteln, der 1495 vom Landarbeiter in 15, vom Handwerker in 16 Wochen verdient wurde, konnte 1725 von keinem Landarbeiter oder Handwerker in ganz Lancashire durch die Arbeit eines ganzen Jahres aufgebracht werden.“ Rogers sagt geradezu, daß von 1563 bis 1824 „eine Verschwörung bestand, vom Gesetz angestiftet und von den besitzenden Klassen durchgeführt, zu dem Zweck, den englischen Arbeiter um seinen Lohn zu berauben, ihn an den Boden zu fesseln, ihn jeder Hoffnung zu berauben und ihn in unheilbare Armut zu stürzen“. Speziell von der Zeit um 1650 schreibt Rogers: „Wer sich die Mühe gibt, den kümmerlichen Verdienst des Landarbeiters und des Handwerkers und seinen Aufwand für die unentbehrlichsten Lebensmittel festzustellen, der begreift die Mühsal seines Daseins, die Armseligkeit seines Lebens, die Oede und Fruchtlosigkeit seiner Arbeit, die zunehmende Hoffnungslosigkeit seiner Lage... Während dieser Kämpfe (etwa von 1648 an) sank das um Lohn arbeitende englische Volk immer tiefer und geriet in immer klaffenderen Gegensatz zu dem Reichtum, den Handel und Verkehr aufzuhäufen begannen und den die Industrie vermehrte.“

Da ist eine Hauptquelle des englischen „Nationalreichtums“. Die Ansammlung der aus dem Hunger der Arbeiterschaft gezogenen Kapitalien war es, die nach Anlage drängte, nach Eroberung von Kolonien, und das englische Volk jahrhundertlang von einem Krieg in den anderen stürzte. Ein Mittel in diesen Kriegen war die Navigationsakte — übrigens ein erfolgloses. Die Holländer, auf die sie in erster Reihe gemünzt war, blieben noch an 130 Jahre lang den Engländern in der Seefahrt überlegen. Erst etwa von 1780 an gelang es den letzteren, sie zu überflügeln, und das war gerade die Zeit, wo England anfang, die brutalen Bestimmungen der Navigationsakte zu mildern, die es allerdings erst 1849 aufhob.

Das ist die Wahrheit über jenes Gesetz, das die englische Ausbeuterklasse sich jetzt wieder herbeiwünscht.

Erwerbstätige Kinder

Eine Aufstellung der „Germania“ zeigt, daß in Berlin 8800 erwerbstätige Schulkinder erfaßt wurden. In Wirklichkeit ist die Zahl natürlich um ein vielfaches höher, weil die Eltern die Erwerbstätigkeit ihrer Kinder schon aus Furcht vor Strafe verschweigen. Es wurde festgestellt, daß 400 Kinder vor Beginn des Unterrichts Arbeit verrichten mußten (trotz gesetzlichem Verbot), 6000 arbeiten täglich drei Stunden, 1700 drei bis vier Stunden, 750 vier bis sechs Stunden und über 200 über sechs Stunden täglich. Mehr als die Hälfte arbeiten in Laufstellen, viele in der Hauswirtschaft und ein Teil entgegen der gesetzlichen Bestimmung in Fabriken.

Bei einer Erhebung in Halle ergab sich, daß von 13 631 Schülern 1633 = 11,9 Proz. gegen Lohn beschäftigt waren, und zwar: bis zu 6 Jahren 40 Kinder, bis zu 7 Jahren 90 Kinder, bis zu 8 Jahren 120 Kinder, bis zu 9 Jahren 175 Kinder, bis zu 10 Jahren 185 Kinder.

Ungeheuer groß sind die dauernden körperlichen Schäden, die viele Kinder wegen dieser Erwerbstätigkeit davontragen.

Eine zeitgemäße Erkenntnis

In einem Erlaß an die Konsistorien wandte sich kürzlich der Evangelische Oberkirchenrat der Altpreußischen Union gegen den Mißbrauch der Kirche zu politischen Zwecken und empfahl allen Geistlichen, kirchlichen Körperschaften und Gemeindegliedern größte politische Zurückhaltung. Die „Deutsche Zeitung“ ist darüber höchst aufgebracht und wettet voller Empörung:

„Die Aktivität des Oberkirchenrats sollte sich anderen Gebieten zuwenden! Die Gottlosenbewegung z. B. bietet genug Angriffspunkte dafür. Statt dessen liest man etwa aus der Feder des Superintendenten Dr. Dibelius Sätze wie diese: „Auch wenn es keine Freidenker-Propaganda gäbe, würde die Zahl der Dissidenten in Deutschland in den nächsten Jahrhunderten unaufhörlich wachsen. In Europa gehören 25 Proz. der Bevölkerung keiner Kirche an. In Amerika ist der Prozentsatz noch größer. So wird es auch in Deutschland werden.“

Diese durch Tatsachen erhärteten Behauptungen bewirkten folgenden Wutanfall des alldeutschen Organs:

„Hier offenbart sich eine Einstellung, der die Gottlosenbewegung erst ihre Erfolge verdankt, der aber auch der neue Erlaß entspricht. Von der Streitbarkeit der Kirche Luthers ist hier nichts mehr zu spüren!“

Der Fall ist höchst bezeichnend dafür, wie sehr sich die reaktionären Mächte gewöhnt haben, die Kirche als Domäne ihrer finsternen Machenschaften zu betrachten. Aber wer hätte es erwartet, daß der Kirche von ihren politischen Bundesgenossen der Vorwurf gemacht würde, die Gottlosenbewegung gefördert zu haben?

Eine aufschlußreiche Statistik

Die Frage „Was liest ein Volk?“ ist stets der beste Kulturmaßstab gewesen. Es ist interessant, die Entwicklung der Literatur und des bibliophilen Geschmacks in Sowjetrußland seit Kriegsende zu verfolgen. Im Jahre 1930 erreichte die Bücherproduktion rund 500 Millionen Exemplare gegenüber nur 120 Millionen in der Vorkriegszeit. Betrachtet man die Literatur der Vorkriegszeit vom sozial-ökonomischen Standpunkt aus, so ergibt sich, daß damals nur 5 Prozent aller Bücher sich mit sozialen und gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzten. Im Jahre 1931 hat gerade dieses Gebiet einen ungeheuren Aufschwung zu verzeichnen. Ueber die reine Parteiliteratur hinaus befassen sich Werke aller Art mit Problemen der Volkswirtschaft, Politik, Gesellschaftskritik. Es sind heute bereits 50 Prozent aller Bücher, die man unter dem Sammelbegriff „sozial-ökonomische Literatur“ stellen kann.

Die RGO. führt

Die „Welt am Abend“ schreibt in einem Artikel mit der Überschrift: „Textilarbeiterstreik in Holland“, folgendes:

„Dieser Streik ist nicht nur gegen den Willen, sondern entgegen der beschlossenen einheitlichen Streikbrecherfront der Führer aller reaktionären Gewerkschaften von der revolutionären NAS. (Anarcho-Syndikalisten) bis zu den reformistischen, katholischen und neutralen Gewerkschaften ausgebrochen und steht unter der Führung der RGO.“

Es ist ein tolles Stück, den Lesern der „Welt am Abend“ weismachen zu wollen, daß die RGO. den Streik der 14 000 Textilarbeiter im Bezirk Twente, der bereits 10 Wochen andauert, führt. Feststeht, daß der Streik gegen den Willen der Reformisten und Christen von der NAS-Organisation ausgelöst wurde, und daß es gerade der außerordentlich rührigen Arbeit der Funktionäre zu verdanken ist, daß die Reformisten und Christen gezwungen wurden, diesen Streik zu sanktionieren, da die Masse der Streikenden sonst über den Willen der Führer dieser Organisationen hinweggegangen wäre. Feststeht, daß die Redner des NAS. in allen Streikversammlungen der Textilarbeiter für Fortführung des Kampfes bis zum endgültigen Erfolg sich eingesetzt haben.

Jeder objektive Beurteiler der holländischen Verhältnisse muß zugeben, daß die im NAS. zusammengeschlossenen Organisationen die einzigen sind, die sich bei allen Angriffen der Unternehmer sehr scharf gegen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewehrt haben.

Feststeht aber auch, daß glücklicherweise der Einfluß der RGO. in Holland gleich Null ist, was bei der Bedeutungslosigkeit der Kommunistischen Partei Hollands zu verstehen ist.

Im übrigen ist in Holland gar kein Boden für eine RGO.-Politik vorhanden. Dank dieser Tatsache konnte die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung des NAS. die Abwehrkämpfe zu einem großen Teil als einen Erfolg verbuchen. Die RGO. sollte endlich lernen, daß zur Entfaltung wirtschaftlicher Kämpfe reale Klassenkampforganisationen eine zwingende Notwendigkeit sind.

Der „Welt am Abend“ empfehlen wir, ihre Leser doch nicht gar zu dumm einzuschätzen und etwas mehr bei der Wahrheit zu bleiben.

Die technische Literatur hat ebenfalls einen Aufschwung zu verzeichnen; sie macht heute 30 Prozent der Gesamtliteratur gegenüber 14 Prozent in der Vorkriegszeit aus.

Die einzelnen Gebiete der Buchproduktion haben folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Kinderliteratur stieg von 35 auf 82 Millionen Druckseiten;
Jugendliteratur von 16 auf 72 Millionen;
Bücher allgemeinen Inhaltes von 104 auf 720 Millionen;
Wissenschaftliche Werke von 193 auf 330 Millionen und Lehrbücher von 383 bis 1100 Millionen Seitenabzüge.

Was die reine Parteiliteratur in Sowjetrußland anbelangt, so ist in erster Linie das Gesamtwerk Lenins zu nennen, das in diesen Jahren eine Auflage von über 60 Millionen Exemplaren erlebte. Das „Kapital“ von Marx kommt jährlich mit rund 50 000 Exemplaren zur Verwendung.

Klassische Werke würden allein vom Staatsverlag der RSFSR. von 1921 bis 1931 in über 20 Millionen Exemplaren herausgebracht. Interessant ist die Menge der Nationalitäten, die heute in der Sowjetunion ihre eigenen Bücher bzw. eigenen Buchverlag besitzen. Hier stehen 58 Nationalitäten gegenüber 24 im Jahre 1913. Die Buchproduktion in verschiedenen Sprachen außer der russischen machte im Vergleich zur letzten Statistik des Zarenreichs eine Steigerung um das Fünffache durch.

Die SPD. für eine neue Papierinflation

Der „Vorwärts“ macht in auffälliger Weise Propaganda für den Wagemannschen Plan, der bekanntlich die Schaffung von etwa 2 Milliarden Reichsmark Inlandsgeld ohne Golddeckung vorsieht.

Der Sekretär des Gläubigerausschusses, Anderson, erklärte, dieser Plan sei das Signal für eine Papierinflation.

Seit Tagen ist ein Gerücht im Umlauf, daß die Reichsregierung eine neue Währungsreform plant.

In einer Erklärung hat die Regierung mitteilen lassen, daß sie nicht an eine Währungsreform denke, aber beabsichtige, sich mit dem Währungsplan des Professors Wagemann eingehend zu befassen.

Inzwischen wird jedoch bekannt, daß auch der Reichsfinanzminister Dietrich einen Währungsplan aufgestellt hat. Die Einzelheiten sind allerdings noch nicht bekannt.

Der „Vorwärts“ schrieb zu dem Wagemannschen Plan: „Tendenzen, die auf eine Inflation hindeuten, hat dieser Plan nicht. Wir lassen jedoch noch die Frage offen, ob der sogenannte Wagemann-Plan der einzige Weg zu dem Ziel ist. Aber über die Richtigkeit der praktischen Zielsetzung des Planes, daß die schleunige Verlust- und Bilanzreinigung zur Verhinderung eines Zusammenbruches durchgeführt werden muß, darüber lassen wir nicht mit uns streiten.“

Wir fragen, soll mit diesem Plan das frevelhafte Spiel von 1923 wiederholt werden? Im Grunde genommen ist dieser Plan eine riesige staatliche Aktion, um die bankrotten Banken auf Kosten der Steuerzahler zu sanieren.

Bekanntmachung

Hiermit werden die Schriftführer der einzelnen Ortsgruppen und Bezirke aufgefordert, eine Abschrift der Protokolle von den stattgefundenen Generalversammlungen umgehend an die Zentrale einzusenden.

Des Weiteren werden die Ortsgruppenvorsitzenden resp. Bezirksleiter ersucht, die Namen der Kollegen, welche in die Ortsgruppen- resp. Bezirksleitungen gewählt worden sind, der Zentrale mitzuteilen.

Die Mitgliedsbücher, die bis dato zwecks Jahresabschlussstempel noch nicht eingesandt wurden, sind gleichfalls umgehend der Zentrale zuzuleiten.

Ferner ist darauf zu achten, daß die Zeitung durch die Funktionäre in die Hände der Mitglieder gelangt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist die 7. Beitragswoche fällig.

Druck: A. Janiszewski GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 23.